

Kriminalpolitik im Spannungsfeld zwischen Populismus und Erforderlichkeit

Die Entstehung der Sicherheitsgesetze im Deutschen Bundestag nach dem 11. September 2001 und der Einfluss von Parlamentariern sowie außerparlamentarischen Interessenvertretern unter besonderer Berücksichtigung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes sowie der Novelle des BKA-Gesetzes.

Abstract zur Masterarbeit

von Irene Mihalic

Die Kriminalpolitik im Spannungsfeld zwischen Populismus und Erforderlichkeit ist auch fast 15 Jahre nach 9/11 von hoher Relevanz. Denn nicht selten reagieren Entscheidungsträger in Regierung und Parlament auf sicherheitsrelevante Ereignisse mit Vorschlägen für eine Verschärfung von Sicherheits- und Strafgesetzen. Dabei ist über den Entstehungsprozess und den Einfluss von externen und internen Akteuren auf bestimmte Sicherheitsgesetze, abgesehen vom formalen Gesetzgebungsverfahren, eher wenig bekannt. Die Entstehung von Sicherheitsgesetzen wurde im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit anhand von Fachliteratur, einschlägiger Presseberichte, öffentlicher Bundestagsdrucksachen, z. B. Dokumentationen und Protokolle von Expertenanhörungen, Plenarprotokolle, Gesetzesvorlagen, parlamentarische Anfragen, Anträge sowie anhand der Programme der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien untersucht. Im Zentrum standen dabei die folgenden Fragestellungen: Wer nimmt innerhalb und außerhalb des Deutschen Bundestages auf welche Weise Einfluss auf den kriminalpolitischen Gesetzgebungsprozess und auf die Inhalte der Gesetze? Welche Interessen spielen dabei eine Rolle? Welche Einflussmöglichkeiten haben insbesondere die kleineren Fraktionen im Deutschen Bundestag? Wurden Terroranschläge oder andere sicherheitsrelevante Ereignisse dazu genutzt, um eine bereits bestehende kriminalpolitische Agenda in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen? Wurden in der deutschen Politik vorhandene Meinungen nach Kenntnis der Expertise von Sachverständigen und Interessensgruppen revidiert oder bestätigt? Schließlich wird anhand dessen die Leitfrage beantwortet: Wie und unter welchen Einflüssen und Interessen entstehen solche Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld zwischen Populismus und Erforderlichkeit? Nach einer Darstellung der sicherheitspolitischen Debattenlage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie der Erläuterung einiger Grundlagen des deutschen Gesetzgebungsverfahrens werden die genannten Fragestellungen anhand des Terrorismusbekämpfungsgesetzes (Sicherheitspaket 2) aus dem Jahr 2002, der beiden Verlängerungen des Pakets in den Jahren 2007 und 2011 sowie der Novelle des BKA-Gesetzes aus dem Jahr 2008 untersucht. Dabei geht es in erster Linie um den diskursiven Verlauf der Gesetzgebungsprozesse entlang des formalen Verfahrens. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die Einwirkungsmöglichkeiten der Abgeordneten in den jeweiligen Koalitionen und der Opposition sowie weitere Einflüsse im Gesetzgebungsprozess betrachtet, z. B. die Diskussion in der Medienöffentlichkeit, Bundestagsdebatten, Expertenanhörungen sowie der Austausch zwischen Entscheidungsträgern im Parlament, in der Regierung und in außerparlamentarischen Interessensgruppen. Die in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Mechanismen bei der Entstehung von Sicherheitsgesetzen lassen sich auf nahezu alle sicherheitspolitischen Debatten übertragen, da sich Kriminalpolitik immer im Spannungsfeld zwischen Populismus und Erforderlichkeit zu bewegen scheint. Sicherheitspolitischen Diskursen liegt oft ein Sicherheitsbegriff zu Grunde, jegliches Lebensrisiko im Hinblick auf Kriminalität und Terrorismus regulatorisch ausschließen zu wollen. Unter den gegebenen Einflüssen auf Gesetzgebungsprozesse ist eine Trendwende in der Kriminalpolitik, die sich weniger am Populismus bzw. an politischen Stimmungen, sondern deutlicher an der Erforderlichkeit orientiert, bis heute nicht in Sicht.